

Wie gelingt der Strukturwandel?

Junge französische Journalistinnen und Journalisten auf Erkundungstour in der Lausitz



Interview mit Andreas Jung, energie- und klimapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion © dfi

Vom 16. bis 21. Oktober reiste die Gruppe mit dem dfi nach Berlin und Cottbus, um sich im Kontext von Energiekrise und geplantem Kohleausstieg über Strategien zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zu informieren.

Der nächste Umbruch. Die Lausitz hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Strukturveränderungen erlebt. Seit dort im großen Stil Braunkohle gefördert wurde, hat sich die Region stark gewandelt. Sie erlebte einen großen Zuzug von Menschen, die im Tagebau arbeiteten, und sicherte über Jahrzehnte die Energieversorgung in der DDR. Das brachte einerseits Wohlstand, hinterließ aber auch dramatische Spuren – in der Landschaft und in den Köpfen. Dutzende Dörfer fielen dem Bagger zum Opfer und Menschen verloren ihre Heimat. Die Umwelt wurde nachhaltig geschädigt, was ebenfalls nicht ohne Folgen für die dort lebende Bevölkerung blieb.

Nach der Wende folgte erneut ein starker Einschnitt. Die Kohleförderung erlebte einen Niedergang, der Zehntausende Arbeitsplätze kostete. In der Folge verließen viele Menschen die Region. Diejenigen, die blieben, hatten nicht selten Probleme, sich in dem neuen Umfeld zurechtzufinden.

Mit dem endgültigen Kohleausstieg bis spätestens 2038 wird die Lausitz nun einen dritten Strukturbruch erleben, denn trotz der Veränderungen, die in den 1990er Jahren eingesetzt haben, trägt die Braunkohleindustrie bis heute immer noch 30 % zur regionalen Wirtschaftsleistung bei. Zur Bewältigung des Wandels sollen auch Gelder vom Bund beitragen (insgesamt 40 Milliarden Euro), die anteilig in alle Kohleregionen Deutschlands fließen. Die brandenburgische Lausitz mit Cottbus als Zentrum kann mit rund 17 Milliarden rechnen.



Noch gibt es Braunkohleabbau in der Lausitz: geführte Tour durch den Tagebau Welzow-Süd © dfi

Wie ist die Situation in der Region, und welche Strategie wird verfolgt, um die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten? Dies waren die Ausgangsfragen der Reise, die aus aktuellem Anlass jedoch in Berlin begann. Die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste Energiekrise stellt die Politik in Deutschland und Europa vor große Herausforderungen, weshalb die Gruppe zum Auftakt zunächst Gespräche in der französischen Botschaft und anschließend im Bundestag und im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) führte.

Die Diskussionen mit dem energie- und klimapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Jung, der grünen Bundestagsabgeordneten Sandra Detzer und dem für Energie und Klima zuständigen parlamentarischen Staatssekretär im BMWK, Stefan Wenzel, machten deutlich, wie die Verantwortlichen aus Regierung und Opposition auf die aktuelle Situation blicken und welche Maßnahmen zur Bewältigung der Krise diskutiert werden. Dabei spielte auch die deutsch-französische Zusammenarbeit eine wichtige Rolle.

Am Folgetag brach die Gruppe dann nach Cottbus auf und sammelte eine Vielzahl von Eindrücken, aus denen sich ein recht umfangreiches Gesamtbild ergibt, was in der Region gerade passiert.

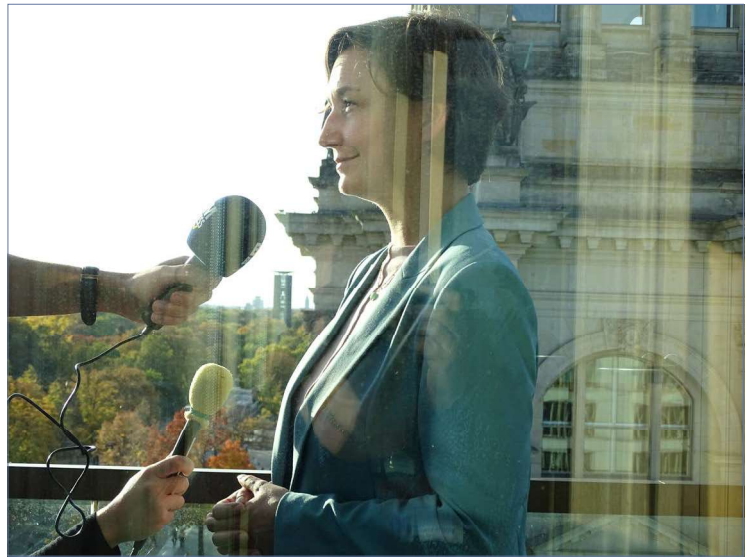
Der Austausch mit Verantwortlichen der Stadt Cottbus, der Strukturentwicklungsgesellschaft Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, der Technischen Universität und dem bundesweit tätigen Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) trug dazu

Fortsetzung von Seite 4

bei, die Dimension der Aufgaben zu verstehen, vor denen die Lausitz, aber auch die deutsche Industrie als Ganzes steht. Dem stand eine durchaus beeindruckende Zahl konkreter Vorhaben gegenüber, die zeigen, dass schon einiges auf den Weg gebracht wurde, um den Anpassungsprozess aktiv zu gestalten. Indem man in der brandenburgischen Lausitz unter der Regie der Landesregierung in Potsdam auf eine Diversifizierung von Projekten setzt, geht man im Übrigen gezielt andere Wege als die Akteure in Sachsen.

Auch die Frage, wie die Menschen vor Ort den Strukturwandel erleben, konnten die Teilnehmenden diskutieren. Lars Katzmarek, der beim Tagebaubetreiber LEAG arbeitet und sich gewerkschaftlich sowie im Verein Pro Lausitz e.V. engagiert, schilderte seinen tagtäglichen Einsatz, um gerade für junge Leute Perspektiven nach dem Kohleausstieg einzufordern und weitere Abwanderungstendenzen zu verhindern. Daniel Krüger vom mobilen Beratungsteam des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung (demos) ging darauf ein, welches soziale Konfliktpotenzial der erneute Strukturwandel birgt.

Auch wenn der Ausstieg besiegelt ist: Noch wird in der Lausitz an einigen Orten Braunkohle gefördert. Bei einer geführten Tour durch den Tagebau Welzow-Süd konnten sich die Teilnehmenden ein eigenes Bild vom Kohleabbau machen. Außerdem sammelten sie bei einer Besichtigung renaturierter Flächen mit Hannelore Wodtke von der „Allianz für Welzow“ Eindrücke, wie nachhaltig die Kohleförderung die Landschaft verändert. Beim Gespräch mit Bürgermeisterin Birgit Zuchold wurden die Perspektiven für die zukünftige



Interview mit der grünen Bundestagsabgeordneten Sandra Detzer © dfi

wirtschaftliche Entwicklung von Welzow erörtert, dessen Ortsteil Proschim bis vor kurzem noch von der Devastierung bedroht war, nach derzeitigem Stand aber nicht mehr der Braunkohleförderung zum Opfer fallen soll.

Zum Abschluss der Reise ging es erneut um die aktuelle Krise: Matthias Schulze vom Autohaus Schulze in Cottbus schilderte stellvertretend für viele kleine und mittelständische Betriebe, wie hart die hohen Energiekosten und die schwindende Kaufkraft der Verbraucher die Unternehmen treffen. Hinzu kommen weitere Probleme

wie der Fachkräftemangel und die durch die Coronakrise entstandenen Lieferengpässe.

Bei einem Besuch der Lausitzer Rundschau konnten die Erfahrungen der Woche zum Thema Strukturwandel noch einmal reflektiert werden. Außerdem stellte Chefredakteur Oliver Hausteil-Teßmer den Teilnehmenden vor, wie die Regionalzeitung ihren Ansatz bei der Berichterstattung an die Interessen und Informationsbedarfe der Bevölkerung anzupassen versucht.

Die Reise fand im Rahmen des deutsch-französischen Programms für junge Journalistinnen und Journalisten statt, das seit 2021 vom dfi mit Unterstützung durch das Deutsch-Französische Jugendwerk durchgeführt wird. Im März 2023 wird eine Gruppe aus Deutschland eine Woche in der stark industriell geprägten nordfranzösischen Region *Hauts-de-France* verbringen und mit lokalen Akteuren über wirtschaftliche Anpassungsprozesse diskutieren.

Weitere Informationen zum Programm finden Sie bei Interesse unter

► https://www.dfi.de/de/Projekte/projekte_nachwuchs_dfwjw.shtml

Dominik Grillmayer ► grillmayer@dfi.de



Im Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI)

© Bernhard Schulz